

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 248

14. Nov. 2001

8. Jahrgang

Zivilgesellschaft auf Konsensuche

Die schwierige Situation, die Guatemala in Sachen Wirtschaft und Regierbarkeit durchlebt, sowie die sich verhärtende Front, die zwischen den Parteien verläuft, hat zur Bildung von zivilgesellschaftlichen Initiativen geführt. Ihr Ziel ist es, aktiv Einfluss zu nehmen auf das politische Geschehen. Eine dieser Initiativen ist das *Foro Guatemala*, andere soziale Bewegungen, die auf die politisch-wirtschaftliche Situation Einfluss nehmen wollen, sind die *Grupo Barómetro*, die sich verschiedentlich zu aktuellen Themen geäußert hat sowie die guatemalteckische Bischofskonferenz (CEG). Diese engagierte sich in letzter Zeit vor allem gegen die Revision des kürzlich verabschiedeten Gesetzes für soziale Entwicklung, mit der Kritik, dieses Gesetz äussere sich zuwenig klar zur Abtreibungsfrage. Bis jetzt hat sich die Regierung nicht sehr interessiert gezeigt an diesen Bewegungen, einzig der Bischofskonferenz gelang es, sich Gehör zu verschaffen. Der folgende Artikel portraitiert diese jüngsten zivilgesellschaftlichen Initiativen und wurde dem Inforpress vom 12. Oktober 2001 entnommen. Unterdessen gibt es aber Anzeichen dafür, dass Präsident Portillo einen Schritt auf diese zivilgesellschaftlichen Initiativen zugeht, indem er (was nichts Neues ist) zu einem Nationalen Dialog aufruft.

Das *Foro Guatemala* versteht sich als eine aus fünfzehn Organisationen gebildete, multisektorielle Instanz. Es entstand Anfang August, rund um die Proteste gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Einberufen wurde das Foro vom UnternehmerInnenverband (CACIF), den Rektoren der Universitäten San Carlos (USAC) und Rafael Landívar (URL) und der StudentInnenvereinigung (AEU) als eine Antwort auf die politische Krise. In Diskussionen unter einigen der heutigen Mitgliedern des *Foro Guatemala* war man sich einig, dass es ebenso wichtig wie unmöglich sei, in den Dialog mit der Regierung zu treten. Daraufhin wurden andere organisierte, soziale Gruppierungen eingeladen, sich der Initiative anzuschliessen, um gemeinsam eine grössere Repräsentativität zu erlangen.

Grupo Barómetro ist eine Gruppierung, die sich auf die Erarbeitung konjunktureller Analysen spezialisiert. In dieser Gruppe sind verschiedene Meinungen vertreten, verkörpert durch u.a. ehemalige FunktionärInnen der Regierung Arzu, VertreterInnen sozialer Organisationen und AkademikerInnen der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO). Mit demokratischen Mechanismen versucht man, zu Konsensen zu gelangen. Die *Grupo Barómetro* versteht sich als etwas Dauerhaftes.

Das *Foro Guatemala* hingegen sucht laut Gonzalo de Villa, Rektor der URL, kurzfristige Antworten und Lösungen für die institutionelle und die Regierungskrise. De Villa schliesst aber nicht aus, dass auch das Foro eine gewisse Kontinuität entwickelt. "Das Foro versucht, Meinungsbildung zu betreiben mit dem Ziel, die Erfolge und Fehler der Regierung einschätzen und daraus Vorschläge erarbeiten zu können, die auf einer sozialen Basis aufbauen", erklärt Arturo Díaz von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM).

Die Zusammensetzung des Foro, das VertreterInnen fast aller politischen Spektren des Landes vereint und sogar historische Rivalen wie den CACIF und die ArbeiterInnenzentrale Guatemalas (CGTG) zusammenbringt, ist

in der Meinung aller Beteiligten ein Ausdruck der gravierenden nationalen Situation.

Mitglieder des Foro haben sich kürzlich mit RichterInnen des Verfassungsgerichts getroffen und den Antrag gestellt, die von der FRG gepuschte Revision des Wahl- und Parteiengesetzes zu revidieren. Das Foro spricht sich gegen diese Revision aus, deren Hauptziel es ist, General Ríos Montt, Generalsekretär der FRG und ehemaliger Staatschef, eine Teilnahme an den nächsten Wahlen zu ermöglichen. Das Foro hat auch Vorschläge gemacht, wie die wirtschaftliche Sicherheit der UnternehmerInnen garantiert werden kann, oder wie eine funktionierende und effiziente Steuerreform auszusehen hätte.

Trotz all ihren konstruktiven Vorschlägen haben weder die *Grupo Barómetro* noch das *Foro Guatemala* von der Regierung bisher eine Antwort erhalten, ein Verhalten, das der StudentInnenaktivist Mario García als 'apathisch' bezeichnet. Entsprechend gross ist denn auch die Skepsis gegenüber dem von Präsident Portillo in diesen Tagen versprochenen 'Nationalen Dialog' (siehe Artikel nächste Seite).

Eine Beteiligung der von der Regierung respektierten *Bischofskonferenz* (CEG) im Foro könnte diese Situation verändern. Die Geschichte zeigt, dass die Kirche in wichtigen Momenten oft die Macht ihres Einflusses hat spielen lassen, zum Guten wie zum Schlechten. Mario Molina von der CEG glaubt, dass die Kirche innerhalb der Gesellschaft deshalb eine wichtige Position einnimmt, weil sie nicht nur ihre Würdenträger sondern auch die Gläubigen vertritt. Dadurch wird sie zu einem Element, das von den Regierungen nicht übergangen werden kann.

Am 3. Oktober trafen sich Vertreter der Kirche mit der Regierung, um Themen wie den Hunger, die Friedensabkommen, die Erhöhung des Haushaltsbud-

gets fürs Erziehung- und Gesundheitswesen sowie die Rechtsstaatlichkeit zu diskutieren. Das Treffen fand auf Ersuchen der Regierung statt, was laut Molina nichts Aussergewöhnliches ist. Mehr als eine Diskussion sei es jedoch

ein Austausch von Positionen gewesen, meinte er. Entsprechend bestritt er, dass die Kirche einen politischen Einfluss auf die Regierung ausübe, obwohl diese durchaus Wert auf die Meinung der Kirche lege. Weiter be-

tonte Molina, dass sich die Kirche nicht nur dann politisch betätige, wenn es darum geht, katholische Positionen zu vertreten, sondern wann immer es die Ethik und die menschliche Würde verlange.

Stellungnahme des 'Foro' gegen das Parteien- und Wahlgesetz

Guatemala, 8. Nov. "Wie allgemein bekannt ist, spricht sich das Foro Guatemala vehement gegen eine Reform des Wahl- und Parteiengesetzes aus, wie sie von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) vorgeschlagen wird. Unsere Position ist eindeutig und unverrückbar. Sie ist das Resultat einer eingehenden Studie, die das Foro mit Unterstützung von Fachleuten und unter Berücksichtigung der Meinungen verschiedener sozialen Organisationen gemacht hat.

Wir haben keinen Alternativvorschlag ausgearbeitet. Wir unterstützen jedoch die Vorschläge, die von der (nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen gebildeten) *Kommission für eine Reform des Wahlgesetzes* ausgearbeitet wurden.

Unsere Position beruht auf einer Analyse des zur Diskussion stehenden Projektes. Dieses übergeht die legitimen Forderungen der am Thema interessierten Sektoren und Institutionen.

Wir glauben NICHT, dass die von der FRG vorgeschlagene Reform des Wahl- und Parteiengesetzes:

- die angestrebte Modernisierung

und Demokratisierung des Parteiwesens begünstigt, und die Parteien stärkt.

- das Oberste Wahlgericht (TSE) stärkt. Im Gegenteil, der Gesetzesvorschlag gefährdet die finanzielle und politische Autonomie dieser Instanz, die bisher der Garant für freie Wahlen und einen sauberen Wahlprozess war.

- die Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen ermöglicht, bzw. fördert.

- die Transparenz der finanziellen Lage der Parteien garantiert, schon gar nicht der Herkunft der Gelder, die in den Wahlkampf investiert werden.

- den politischen Ausschluss und die ideologische Intoleranz verhindert.

- die Verfassung einhält. Im Gegenteil, wir haben im Gesetzesvorschlag sechs Verfassungsverletzungen ausgemacht.

- das politische und bürgerInnenrechtliche Bewusstsein der Bevölkerung fördert und einen Beitrag zur Bildung eines Demokratieverständnisses ist.

Unsere Skespis gegenüber diesem Gesetzesvorschlag hat dazu geführt, dass wir uns den Oppositionsparteien angenähert haben, in der Hoffnung, durch sie eine Stärkung unserer Positi-

on zu erlangen. Wir haben aber auch das Gespräch gesucht mit Kongresspräsident Ríos Montt und den Abgeordneten der FRG sowie mit der Kommission, die innerhalb des Kongresses für die Behandlung dieses Gesetzesvorschlages zuständig ist.

Bei all diesen Treffen haben wir versucht, unsere Position klar zu machen und dazu aufgerufen, den Gesetzesvorschlag abzulehnen. Mit diesem öffentlichen Aufruf wollen wir noch einmal alle politischen Parteien und Kongressabgeordneten dazu aufrufen, gegen dieses Gesetz zu stimmen. Wir rufen Sie dazu auf, den Dialog mit dem Foro Guatemala zu suchen, damit wir gemeinsam unsere Position an die Öffentlichkeit tragen können."

Der Aufruf des Foro Guatemala hatte seine Wirkung. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Foro, haben am 6. November die Vorsitzenden der Parteien PAN, UNE und der sich in Gründung befindenden *Unionistas* die Ablehnung der von der FRG vorgeschlagenen Gesetzesrevision bekannt gegeben.

Portillo geht auf Vorschläge des 'Foro' ein

Guatemala, 9. Nov. Er selber werde ihn leiten, versprach Präsident Portillo bezüglich des vom *Foro Guatemala* geforderten Nationalen Dialogs. Und weiter: Die Themen, die dabei diskutiert würden, seien die vom Foro vorgeschlagenen, u.a. die Finanzpolitik, die Stärkung der Wirtschaft und die Frage der politischen Transparenz. Noch verkündete Portillo kein konkretes Datum, wann er den Dialog initiieren will, sprach jedoch davon, die verbleibenden Monate dieses Jahres zu nutzen, diesen Anlass vorzubereiten, damit er im Januar 2002 gestartet werden könne. Mit den Vorbereitungen beauftragt wurde der Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), Edgar Gutiérrez. Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des Dialogs sei der Wille und der Glauben daran. Das Erfolgsrezept sei ganz einfach, meinte der Präsident, man müsse die Vorschläge irgendwelcher Sektoren als ein nationales Interesse verste-

hen. Als 'Zückerchen' versprach Portillo, dass der umstrittene und allgemein unbeliebte Vizepräsident, Francisco Reyes López, von diesem Dialog ausgeschlossen werde. Reyes López nahm bisher noch keine Stellung zu seinem Ausschluss.

Was Präsident Portillo wie ein leeres Wahlversprechen ankündigte, wird vom *Foro Guatemala* auch entsprechend aufgenommen. "Im Moment gibt es keinen Grund, sich mit der Regierung an einen Tisch zu setzen", erklärte Felipe Bosch, Präsident des UnternehmerInnenverbandes CACIF. Zuerst wolle er Beweise sehen, dass es der Regierung wirklich ernst sei mit ihrem Angebot. Gefordert wird vom CACIF Transparenz bei den öffentlichen Ausgaben und Anklageerhebung gegen korrupte Regierungsmitglieder.

Andere Organisationen, wie z.B. die von Alvaro Colom geführte Splitterpartei UNE, die Gruppe *Prinzipien und Wer-*

te und die *Sozialdemokratische Konvergenz*, fordern als erstes den Rückzug der geplanten Reform des Wahl- und Parteiengesetzes.

Der Koordinator des *Foro* und Rektor der USAC, Efraín Medina, erinnerte daran, dass ihrerseits ein Vorschlag zur Aktivierung der Wirtschaft unterbreitet wurde. Erst wenn die Regierung dazu Stellung beziehe, würden sie die mögliche Daten und Abläufe für einen nationalen Dialog analysieren.

Auch Jorge Pinzón von der *ArbeiterInnenzentrale Guatemalas* (CGTG) äusserte sich zurückhaltend über die Teilnahme am vorgeschlagenen Dialog. Das Image der Regierung sei total zerstört und müsse von dieser zuerst wieder aufgebessert werden, meinte Pinzón.

Mario Polanco von der Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) befürchtet, dass der Dialog ein politischer Schachzug Portillos ist, um mindestens vor der Kon-sultivgruppe das Image aufzupolieren.

Regierung lädt zu öffentlicher Kabinettsitzung

Guatemala, 30. Okt. Zu einer öffentlichen Kabinettsitzung im Kulturpalast waren rund 200 Personen eingeladen, vorwiegend VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, der Kirche, der UnternehmerInnen und der internationalen Gemeinschaft sowie der StudentInnen und der Gewerkschaften. Anwesend waren ausserdem VertreterInnen der Staatsanwaltschaft und der juristischen Instanzen und natürlich Präsident Portillo und seine MinisterInnen. Thema der Sitzung war die Bekämpfung der Armut und des Hungers.

Einleitend präsentierte George Carner von der staatlichen US-amerikanischen Entwicklungsbehörde AID eine Untersuchung über allgemeine und chronische Unterernährung von Kindern. Vizepräsident Reyes López seinerseits referierte über die 'Strategie zur Bekämpfung der Unterernährung und der ruralen Wirtschaftskrise', mit der die guatemaltekische Regierung gegen die Armut und den Hunger ankämpfen will. 80% der 11 Millionen GuatemaltekinInnen leben in Armut und die Unterernährung betrifft 46% aller Kinder. Damit ist die Situation Guatemalas vergleichbar mit derjenigen in Bangladesch. Rund die Hälfte der 500'000 LandarbeiterInnen seien durch die Kaffeekrise ohne Arbeit, wer Arbeit habe, werde sehr schlecht bezahlt.

Diese Daten seien beunruhigend

und es müsse jetzt etwas unternommen werden um eine noch grössere Krise zu verhindern, erklärte Carner. Die Organisation will mit rund 650'000 US-\$ die guatemaltekische Strategie zur Bekämpfung der Unterernährung unterstützen. Auch der anwesende Vertreter der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (AID) Carlos Barbey, versprach ein zusätzliches Darlehen von rund 400 Mio. US-\$ für Projekte zur Reduktion der Armut und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Diese eher technischen Abhandlungen wurden gefolgt von einer Rede Präsident Portillos, in der er selbstkritisch zugab: "Diese Zahlen über Unterernährung und Armut sind der klare Beweis unseres Versagens als System" und "die Regierung allein kann dieses Problem nicht mehr bewältigen".

Verschiedene TeilnehmerInnen der öffentlichen Kabinettsitzung zweifelten bereits im Vorfeld an der Ernsthaftigkeit des Anlasses und bezeichneten ihn als eine Show der Regierung.

Dass dies eine etwas vereinfachte und verantwortungslose Sicht der Dinge ist, lässt der Direktor des *Instituts für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES), Arnoldo Noriega, in einem Artikel durchschimmern: "Die Seriosität der vorgelegten Daten und ihrer Quellen sowie die Anerkennung der Hilflosigkeit seitens der Regierung sollte uns zum Nachdenken anregen. Was wir da nämlich vor uns haben, ist ein klarer und wachsender Beweis dafür, dass unser Wirtschaftssystem am Zusammenbrechen ist. Der Charakter des Problems und die Tatsache dass die zukünftigen Generationen zum Scheitern verurteilt sind, wenn wir jetzt das Steuer nicht herumreissen, sollte uns genügend wichtig sein, um die Diskussion nicht von der aktuellen Polarisierung zwischen der Regierung und der Privatwirtschaft bestimmen zu lassen. Dies zu tun, würde bedeuten, den aktuellen fundamentalistischen Diskurs von "wer nicht mit mir ist, ist gegen mich" zu übernehmen".

CACIF droht erneut mit Generalstreik

Guatemala, 25. Oktober. Weit davon entfernt, sich zu entspannen, ist die Beziehung zwischen der Regierung und der Privatwirtschaft. Während der UnternehmerInnenverband (CACIF) vor den Auswirkungen der internationalen Krise auf Guatemala warnt, setzt die Regierung alles daran, diese Folgen noch zu verstärken. Zeichen dafür ist das gänzliche Fehlen einer Strategie für die Reaktivierung der Wirtschaft.

Auf einer Versammlung der Handelskammer wurde denn auch der Vorschlag eines landesweiten Streiks gemacht, ähnlich demjenigen vom 1. August, aber diesmal ohne zeitliche Begrenzung. An der selben Versammlung forderte der Präsident der Handelskammer, Jorge Briz, den Rücktritt Portillos und Vizepräsident Reyes López'.

Mit seinem traditionellen Sarkasmus antwortete Reyes López, dass ihn die Drohungen der Privatwirtschaft nicht beunruhigten. Nebenbei machte er sich über die Handelskammer lustig: Ihre Meinung sei überhaupt nicht repräsentativ und ihr Einfluss sei nicht stärker als derjenige irgendeiner der 331 Gemeinden.

Man kann nicht mit Genauigkeit sagen, wie hoch finanziellen Verluste durch den Streik vom 1. August wa-

ren, doch ist es nicht übertrieben zu sagen, dass die Unternehmen einen grossen Schaden davongetragen haben. Auf der politischen Ebene war die Regierung eindeutig Siegerin, auch wenn dieser Sieg den Geschmack von Niederlage in sich birgt. Es war ein Scheinsieg, denn auch wenn sich die Regierung nicht vom Druck und den Drohungen des CACIF aufhalten liess, hat es am Schluss die gesamte guatemaltekische Wirtschaft in Mitleidenenschaft gezogen.

Der CACIF ist zum momentanen Hauptgegner der Regierung geworden, eine Position, die eigentlich die Parteien einnehmen sollten. Die Identitätskrise der Parteien, die Zersplitterung und das Fehlen von klaren Richtlinien führten dazu, dass sie den UnternehmerInnen den Platz räumen mussten.

Zu der Unwichtigkeit der Parteien und den Interessenskonflikten zwischen der Regierung und der Privatwirtschaft kommt, dass die Dynamik, die durch diese Situation ausgelöst wird, in erster Linie die Bevölkerung trifft. Während auf politischer Ebene Anschuldigung auf Anschuldigung und Korruptionsfall auf Korruptionsfall folgt, bleiben die Nöte und Bedürfnisse der Bevölkerung weitgehend unbefriedigt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Verfahren gegen 22 FRG-Abgeordnete eingestellt

Guatemala, 27. Okt. Sergio Castro Romero, Richter am Obersten Strafgericht, hat den Fall der 22 FRG-Abgeordneten, die der Fälschung des Gesetzes zur Besteuerung alkoholischer Getränke angeklagt waren, endgültig und für immer geschlossen. Damit hat er einen Schlusspunkt unter den als "Guarogate" bekannten Skandal gesetzt, dem die Regierungspartei seit über einem Jahr ausgesetzt war.

"Gemäss den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft gibt es keine Beweise, die eine Anklage rechtfertigen würden", heisst es in der Resolution des Richters. Auch der Anti-Korruptions-Staatsanwalt Ramón de Jesús Sáenz Morales beteuerte vor Gericht, dass es keine Beweise für eine Fälschung des Gesetzes gäbe. Dies, obwohl es eine Aufzeichnung der Kongresssitzung gibt, die beweist, dass die Alkoholsteuererhöhung, die im Kongress verabschiedet wurde, nicht derjenigen entspricht, die am nächsten Tag veröffentlicht wurde. Weder diese Aufnahmen noch die Aussagen der Abgeordneten der Oppositionsparteien waren Beweis

genug.

Es ist erstaunlich, dass Sáenz Morales zum Schluss kommt, dass kein Delikt vorliegt, nachdem der untersuchende Richter immerhin genügend Beweismaterial zusammenbrachte, damit der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) Anfang dieses Jahres die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der 22 Abgeordneten anordnete. Dies als Grundvoraussetzung, damit sie überhaupt einem Prozess unterstellt werden können.

Für Nineth Montenegro, Kongressabgeordnete der Oppositionspartei ANN ist dieser Vorfall ein Zeichen dafür, wie notwendig die politische und finanzielle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft ist. Solange aber der Generalstaatsanwalt vom Präsidenten ernannt wird, ist er diesem auch verpflichtet und will unter keinen Umständen seinen Job verlieren. So drückt er denn auch mal ein Auge zugunsten der Regierungspartei zu, erklärte Montenegro.

Gemäss der *BürgerInnenbewegung für Gerechtigkeit und Demokratie* handelt es sich bei der Einstellung dieses Verfahrens um eine Rechts- und Geset-

zesverletzung. Die Organisation unternehme Aktionen gegen die entsprechenden Richter, verkündete Miguel Angel Sandoval, Mitglied der *BürgerInnenbewegung*. Da der Gesetzesweg ausgeschlossen ist, fordert die Bewegung das Anwaltskollegium dazu auf, die beiden Richter für ihr unprofessionelles Handeln zu sanktionieren. Sowohl die *BürgerInnenbewegung für Gerechtigkeit und Demokratie* wie auch die UNE-Abgeordnete Anabella de León reichten beim Obersten Gerichtshof Klage gegen die Richter Castro Romero und Sáenz Morales ein.

Die BürgerInnenbewegung rief für den 6. November zu einer Protestkundgebung vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft auf und erklärte diesen Tag zum "Demokratischen Dienstag".

Weit davon entfernt, diese peinliche Geschichte so bald als möglich vergessen zu lassen, drohen die 'reingewaschenen' FRG-Abgeordneten damit, diejenigen anzuklagen, die sie der Fälschung des Alkoholgesetzes beschuldigt hatten, insbesondere die Presse und PolitikerInnen der Opposition.

Angestellter leerte Staatskasse

Guatemala, 10. Nov. Inmitten der sich täglich zuspitzenden Wirtschaftskrise wurde am 29. Oktober über die Medien die Nachricht verbreitet, dass ein Angestellter des Regierungsministeriums 90 Mio. Quetzales (ca. 11 Mio. US-\$) aus einem Spezialfonds auf seine eigenen sieben Bankkonten überwiesen hat.

Nicht nur der Diebstahl an sich löste Bestürzung und Kritik aus, sondern auch die Tatsache, dass ein einfacher Beamter sieben Konten besitzt. Ebenfalls wurde die Frage gestellt, um was für einen Spezialfonds es sich dabei gehandelt hat und wie viele solcher Spezialfonds wohl noch bestehen im Regierungsministerium. Und nicht zuletzt die Frage, wie die nicht bescheidene Summe von 11 Mio. US-\$ einfach so verschwinden kann, ohne dass es bemerkt wird.

Öl ins Feuer ist auch die Information, dass der besagte Beamte, Jarol Axel Gil Muñoz unter dem umstrittenen Budgetposten Nr. 29, Mandatsaufträge, angestellt ist. Diese Anstellungsverhältnisse werden nicht über das normale (beschränkte) Personalbudget verbucht, was bedeutet, dass sie sehr schlecht kontrollierbar sind. Auffallend viele Familienangehörige

von MinisterInnen und AbteilungsleiterInnen sind unter dem Posten 29 angestellt.

Erste Untersuchungen ergaben, dass wahrscheinlich der unmittelbare Vorgesetzte von Gil Muñoz und mindestens drei weitere Angestellte des Regierungsministeriums in den Fall verwickelt sind. Gil Muñoz verliess am 18. Oktober das Regierungsministerium, im Moment ist sein Aufenthaltsort unbekannt.

Regierungsminister Byron Barrientos gab den Vorfall zwar zu, präzierte jedoch, es handle sich bei der unterschlagenen Summe lediglich um 29 Mio. Quetzales (rund 3.5 Mio. US-

\$). Andere Regierungsmitglieder und UntersuchungsrichterInnen sprachen von 30, 37 bzw. 40 Mio. Quetzales.

Die zuständige Untersuchungsrichterin, Dora Leticia Monroy Hernández, liess die Bankkonten von Gil Muñoz sperren, erklärte aber, dass für die Ausstellung eines Haftbefehls die Beweise fehlten...

Die drei Kongressabgeordneten der ANN reichten bei der Staatsanwaltschaft eine Klage gegen Regierungsminister Byron Barrientos ein. Es sei unmöglich, dass dieser von der Unterschlagung nichts gewusst habe, ist Nineth Montenegro von der ANN überzeugt.

Entminungsprogramm ohne Geld

Guatemala, 30. Okt. Trotz der intensiven Arbeit, die das nationale Entminungsprogramm seit Ende des bewaffneten Konfliktes betreibt, wurde sein Budget seit sechs Jahren nicht mehr angepasst. Dies gefährdet die zukünftige Arbeit des Programms, an dem Entminungsspezialisten, das Militär, Mitglieder der ehemaligen Guerrilla sowie freiwillige Feuerwehrleute beteiligt sind.

Nebst der Entschärfung von Minen arbeitet das Programm auch in der Sensibilisierung der Bevölkerung. Rund 60'000 Personen wurden über die Gefahren von Minen und anderen Explosivkörpern informiert. Rund 300 Minen konnten seit Ende des Krieges lokalisiert und entschärft werden, erklärte Sandino Asturias, Koordinator der URNG innerhalb des Programms, bei einer Pressekonferenz.

Aufruf der Exil-GuatemaltekInnen

20. Oktober, Der folgende Brief, unterzeichnet von GuatemaltekInnen im Exil und von Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen, wurde Anfang November den AkteurInnen des Friedensprozesses in Guatemala, (Regierung, Kirche, URNG, Begleitkommission der Friedensabkommen, CACIF, etc.) überreicht.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir, GuatemaltekInnen, die im Exil leben sowie Freunde und Freundinnen des guatemaltekischen Volkes, möchten Ihnen unsere Sorge ausdrücken über die schwierige soziale, wirtschaftliche, politische und moralische Situation in Guatemala. All unsere Hoffnungen und Erwartungen, die wir alle nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen 1996 hatten, sind zunichte und im guatemaltekischen Volk breitet sich erneut eine Stimmung der Frustration und der Verzweiflung aus. Diese Situation verstärkte sich durch die gestörte internationale Lage, in der sich die Begriffe Frieden und internationale Sicherheit gegenüberstehen und die fatale Auswirkungen hat auf kleine Länder wie Guatemala. Wir verfolgen mit Sorge die Entwicklungen in Guatemala, wo unter dem Begriff Terrorismusbekämpfung eine von den USA bestimmte Sicherheitsdoktrin durchgesetzt wird.

Wir sehen für Guatemala nur einen Ausweg aus der aktuellen Missslage: Die vollständige Umsetzung der Friedensabkommen. Dazu gehört die Abschaffung dieser Sicherheitsdoktrin und die Umsetzung der Empfehlungen der Wahr-

heitskommission. Keine Regierung und keine Partei haben das Recht, diesen Wirtschafts- und Sozialpakt, den die Friedensabkommen darstellen, zu opfern. Es gibt keine andere Agenda, bevor die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht wahrnimmt. Wir möchten daran erinnern, dass die Umsetzung der Friedensabkommen bis zum 31. Dezember 2003 erfolgt sein muss. Alle Kräfte, Energien und Ressourcen müssen dazu verwendet werden, diesen Zeitplan einzuhalten. Ansonsten verliert Guatemala diese historische Chance für immer.

Die Reaktivierung der Friedensabkommen bedingt den Dialog und neue Abmachungen. Wir verstehen, dass im Moment die Voraussetzungen für einen respektvollen und fruchtbaren Dialog nicht gegeben sind. Einmal mehr herrscht ein Klima der Konfrontation und es fehlt an Vertrauen und Toleranz. Wir glauben aber, dass diese Voraussetzungen geschaffen werden können mit der Unterstützung der AkteurInnen der Friedensabkommen, die sich auch in der Vergangenheit für Guatemala eingesetzt haben. Es braucht einen frischen Wind und es muss eine neue Atmosphäre geschaffen werden, durch die Präsenz und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der internationalen Solidarität. Wir müssen alle alles daran setzen, um zu verhindern, dass diese erfolgreiche Suche nach Frieden nicht scheitert im Moment, wo dieser Frieden gesichert werden muss.

Wir können im Moment zwei für den Friedensprozess in Guatemala wich-

tige Ereignisse ausmachen und schlagen vor, diese als Vorbereitung für einen "Nationalen Kongress über die Reaktivierung des Friedens" zu nutzen. Zum einen ist die Generalversammlung der UNO dabei, eine Verlängerung des Mandats von MINUGUA zu prüfen. Wir bitten die guatemaltekische Regierung, die URNG und die Zivilgesellschaft, sich für eine Verlängerung dieses Mandats einzusetzen. Die selben AkteurInnen möchten wir auch bitten, sich bei der Konsultivgruppe, die den guatemaltekischen Friedensprozess finanziell unterstützt, für weitere Hilfe einzusetzen. Die Zivilgesellschaft möchten wir bei dieser Gelegenheit bitten, die Verwendung dieses Geldes zu überwachen und dafür zu sorgen, dass jeder Dollar, der für die Umsetzung der Friedensabkommen nach Guatemala geschickt wird, auch wirklich dem ganzen Volk zugute kommt.

Diese beiden Ereignisse sollen als Grundlage für einen nationalen Dialog dienen. Als Moderator dieses Dialogs schlagen wir Rodolfo Quezada Toruño vor, der eine wichtige Rolle während der Friedensverhandlungen gespielt hat und heute Erzbischof von Guatemala ist. Der Prozess der Versöhnung beginnt mit dem Ende der Gewalt, geht weiter mit der Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung und endet mit der Erschliessung neuer Wege für die gesamte Gesellschaft.

Die Herausforderung ist für alle gross. Doch die Schritte, die wir in diesem Brief vorschlagen, sind realisierbar und wir sind bereit, das unsere dazu beizutragen.

Internationale BegleiterInnen gesucht

Guatemala, 29. Okt. Seit vor bald zwei Jahren die Regierung Portillo an die Macht kam, hat sich die Menschenrechtssituation in Guatemala rapide verschlechtert: Drohungen, Verfolgungen, Entführungen und Ermordungen von AktivistInnen und ihren Angehörigen haben zugenommen, die Straflosigkeit in solchen Fällen leider auch. Als Folge davon ist auch die Nachfrage nach internationalen BegleiterInnen wieder am steigen:

Seit Mitte Mai dieses Jahres sucht das *Komitee für BäuerInneneinheit* (CUC) Leute, die ihre AktivistInnen begleiten. Die Organisation besetzt zur Zeit fünf Fincas. Die BesetzerInnen sind der Willkür der von den Grossgrundbesitzern angestellten und ausgerüsteten Paramilitärs ausgeliefert. "Gerade die Um-

setzung der Friedensabkommen betreffend der Landfrage stecken fest, es gibt keine Konfliktlösungsmechanismen und die Entwicklung in den ländlichen Gemeinden ist gleich null", heisst es in einem Brief des CUC an die internationalen Menschenrechtsorganisationen.

In der Gemeinde Los Cerritos, in der das CUC eine Finca besetzt hält, sind in den letzten Monaten zwei AktivistInnen ermordet worden. Auf zwei der besetzten Fincas gibt es noch bis Ende Jahr internationale BegleiterInnen, für nächstes Jahr hat sich noch niemand gemeldet.

Auch für die ZeugInnen, die Anklage erhoben haben gegen Lucas García und Ríos Montt, werden immer wieder BegleiterInnen gesucht. Diese Anklagen wegen Völkermord gegen die beiden ehemaligen Staatsmänner wird

juristisch von der Menschenrechtsorganisation CALDH begleitet, die Vermittlung der BegleiterInnen wird von der *Koordination der internationalen Begleitung* (ACOGUATE) in Guatemala übernommen. BegleiterInnen, die einen Einsatz über ACOGUATE machen, werden über europäische Organisationen empfohlen und erhalten eine fundierte Ausbildung vor ihrem Einsatz.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen haben auch die *Peace Brigades International* (PBI) gebeten, eine mögliche Wiedereröffnung eines Büros in Guatemala zu prüfen. Die Organisation hatte seit Ende 1998 kein Personal mehr in Guatemala. Eine Delegation von PBI-Leuten reiste dieses Jahr nach Guatemala, um die Wiederaufnahme eines Engagements in diesem Land zu prüfen.

Ombudsleute für Menschenrechte bedroht

Guatemala, 2. Nov. Nicht nur AktivistInnen von Menschenrechtsorganisationen sondern auch Angestellte der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) werden zunehmend bedroht. Während z.B. in Izabal telefonische Drohungen bei dem Menschenrechtsbüro eingingen, standen in Huehuetenango Drohungen gegen das Personal der PDH an den Hausmauern. In Coatepeque wurde kürzlich das staatliche Menschenrechtsbüro von Unbekannten überfallen, während der Angestellte schlief.

Der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar stellte diese Drohungen in einen direkten Zusammenhang mit einer Untersuchung über die Beteiligung von Polizeikräften an Menschenrechtsverletzungen, die seine Angestellten kürzlich machten. Er ging sogar so weit, zu sagen, die Drohungen kämen direkt aus Polizeikreisen.

Der Direktor der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte wird alle fünf Jahre vom Kongress gewählt. Anfang nächstes Jahr wird der Nachfolger von Arango Escobar bestimmt. Menschenrechtsorganisationen äuserten sich besorgt darüber, dass während der Amtszeit von Arango Escobar die Arbeit der PDH unbefriedigend

gewesen sei. Zu sehr sei das Vorgehen von Arango Escobar von persönlichen Interessen und Vetternwirtschaft geprägt gewesen, erklärte Mario Polanco von der Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM). Als ein Beispiel für die Ineffizienz der PDH erwähnte Polanco die bisher erfolglosen Unter-

suchen im Fall der Entführung der Professorin Myra Gutiérrez.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen präsentierten dem Kongress einen Vorschlag, nach welchen Kriterien der oder die NachfolgerIn Arango Escobars ausgewählt werden soll.

Celvin Galindo ausgezeichnet

Berlin, 6. Nov. Celvin Galindo, der ehemalige Staatsanwalt im Mordfall von Bischof Juan Gerardi, wurde mit dem Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes ausgezeichnet. "Die Verleihung des Menschenrechtspreis an Galindo ist eine Anerkennung seines Einsatzes für die Verteidigung der demokratischen und konstitutionellen Prinzipien", sagte Geert Mackenrodt, Präsident des Deutschen Richterbundes, bei der Übergabe des Preises.

Galindo leitete von Ende 1998 bis Ende 1999 die Untersuchung im Fall Gerardi. Nachdem sein Vorgänger, Otto Ardón, die Täterschaft im Kleinkriminellenmilieu suchte und sogar einen Schäferhund festnehmen liess, stellte Celvin Galindo als erster die

These eines politischen Mordes auf. Dafür hatte er auch Beweismaterial und brachte nebst einem Priester drei ehemalige Mitglieder der Präsidentenwache in Untersuchungshaft. Anfang dieses Jahres wurden sie zu 20 bzw. 30 Jahren Haft verurteilt.

Im November 1999 hielt Galindo die ständigen Drohungen nicht mehr aus und floh mit seiner Familie ins Exil. Zuerst nach Deutschland und später dann nach Spanien, wo er heute noch lebt.

Während der Untersuchungsphase mussten nebst Celvin Galindo ein weiterer Richter sowie zwei Zeugen das Land verlassen, nach der Urteilsverkündung flohen zwei der an der Urteilsfällung beteiligten Richter ins Exil.

In eigener Sache:

Liebe Abonentinnen, liebe Abonenten

Dank Ihres Interesses erscheint der ¡Fijáte! jetzt schon sieben fette Jahre lang und das ¡Fijáte!-Team hofft, dass die nächsten mageren Jahre ausbleiben. Wir werden weiterhin unser Bestes geben, den ¡Fijáte! auf dem erreichten Niveau zu halten. Manches Lob hat uns schon erreicht, was recht motivierend wirkt auf die Büro- und Redaktionsarbeit. Dankeschön.

Bitte, empfehlen Sie den ¡Fijáte! weiter! Jedes Neu-Abonnement verringert die Subvention durch Spenden, die erst erarbeitet werden müssen. Ca. 6.000,- DM sind das bisher jährlich, die der e.V. erbringt, um den ¡Fijáte! herauszugeben und Ihnen ins Haus zu liefern.

Zum Jahreswechsel 2001/2002 – das wissen Sie bereits - wird in den EU-Ländern die nationale Währung auf den EURO umgestellt; da müssen wir mit dem Abo-Preis mitziehen. Ausnützen wollen wir dies aber nicht zu einer Preiserhöhung, im Gegenteil, wir runden die bisherigen Abo-Gebühren ab!

Dafür möchten wir Sie um ein kleines Entgegenkommen ersuchen: Bitte richten Sie möglichst ein E-Mail-Abo ein! Das E-Mail-Abo, mit schönem Layout und dem ¡Fijáte!-Kopf in PDF-Datei verschickt, vermindert für uns den Aufwand beträchtlich, schont menschliche Kräfte, spart materielle und finanzielle Ressourcen, die nicht üppig vorhanden sind.

Unser Abo-Preis-Angebot ab 2002 ist im Gegenzug:

50.- Euro für ein E-Mail-Abo, weltweit;

55.- Euro für ein Info-Brief-Abo in Deutschland,

60.- Euro für ein Brief-Abo ins europäische Ausland.

Der Abo-Preis für die Schweiz bleibt Fr. 100.- pro Jahr.

Ein E-Mail-Abo in der Schweiz kostet neu jährlich Fr. 85.-

Bitte teilen Sie uns noch vor dem Jahreswechsel Ihre E-Mail-Adresse mit, dann können wir die Verbilligung der Abo-Gebühr auf Ihrer Jahresrechnung 2002 berücksichtigen.

Danke im voraus und solidarische Grüsse

Ihr ¡Fijáte!-Team